EinBlick

2/2011

Auf gleicher Augenhöhe

Gendergerechtigkeit als Strategie gegen Hunger, Armut und Klimakrise

BROT FÜR ALLE
FASTENOPFER

Inhaltsverzeichnis

Editorial 3

Einführung in die Thematik
Keine Gerechtigkeit ohne Gleichberechtigung 4–8
Mehr Rechte für Frauen = Weniger Hunger? 9–12
Für wen ist die Green Economy grün? 13–17

Fallbeispiele
Gleiche Bedrohungen – unterschiedliche Betroffenheit? 18–19
Philippinen: Küstenfischerinnen stellen sich dem Klimawandel 20–23
Brasilien: Frauentag im Klimaworkshop 24–27
Brasilien: Frauen fordern eine andere Wirtschaft 28–29

Schlussfolgerungen und Ausblick
Gleichberechtigung als Lösung 30–31
Was ist zu tun? 32–33

Links und Quellenhinweise 34

Impressum 35

Titelbild:
Ehepaar am Cap Haitien, Haiti 2007

© Daniel Hostettler, *Fastenopfer*

Editorial

«Jede Frau und jeder Mann haben dieselbe Würde, denn Frau und Mann sind zusammen nach Gottes Ebenbild geschaffen» (Genesis 1,27). Von dieser biblischen Perspektive leitet sich der Gender-Gerechtigkeitsbegriff ab, an welchem sich die Arbeit von *Brot für alle* und *Fastenopfer* orientiert.

Ernähren müssen wir uns alle – Frauen und Männer, Junge und Alte. Doch Nahrungsproduktion, Sammeln oder Einkaufen und Nahrungszubereitung scheint immer noch überwiegend eine Frauenangelegenheit zu sein. Das Bild der «Alma mater», der nährenden Mutter, prägt unser Denken und Handeln bis heute. Doch entspricht es auch der Realität?

Obwohl Frauen in vielen Ländern des Südens die Haupterzeugerinnen und -verarbeiterinnen von Nahrung sind, machen Mädchen und Frauen etwa 70 Prozent der von Hunger und Armut betroffenen Menschen weltweit aus. Im Jahr 1974 steckte sich die Welternährungsorganisation FAO das Ziel, dass «in 10 Jahren kein Mann, keine Frau und kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen wird».

Die Zahlen heute ernüchtern. Hunger, Mangel- und Unterernährung sind nach wie vor bittere Realität für mehr als eine Milliarde Menschen, d.h. für 15 Prozent der Weltbevölkerung. Die Aussichten sind düster, denn die OECD prognostiziert, dass bis im Jahr 2050 zusätzlich 26 Millionen Menschen in Lateinamerika und 132 Millionen in Asien hungern werden. Auch die Folgen des Klimawandels treffen hauptsächlich arme Menschen – und mehr als zwei Drittel davon sind weiblich. Durch gesellschaftlich konstruierte Rollen sind Frauen zwar für klimasensible Bereiche wie Ernährungssicherung, Wasser- und Energieversorgung verantwortlich; eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten durch geringe politische Mitbestimmungschancen, mangelnder Zugang zu Informationen oder fehlende Bildung führen aber dazu, dass Frauen stärker verwundbar sind. Nichtsdestotrotz entwickeln sie ganz eigene Strategien, um den globalen Herausforderungen zu trotzen, soweit dies ihr Handlungsradius zulässt.

Seit einigen Jahren wird der Ruf nach einer neuen Wirtschaftsordnung laut. Die Modelle der Green Economy – einer nachhaltigen, grüneren Wirtschaft – scheinen darauf Antwort zu geben. Doch bei einem genaueren Blick werden Schwachstellen sichtbar: So setzt die Forderung nach Nachhaltigkeit einseitig auf zwei ihrer drei Pfeiler – nämlich auf den ökonomischen und den ökologischen Aspekt. Die sozialen Dimensionen mit der Wahrung der Menschenrechte und der Gendergerechtigkeit werden aber allzu oft ausgeblendet. Für *Fastenopfer* und *Brot für alle* darf der Erhalt der Schöpfung für künftige Generationen jedoch nicht mit dem Engagement für die Armen und damit insbesondere für Frauen konkurrenzieren. Das eine geht nicht ohne das andere.

Antonio Hautle
Direktor *Fastenopfer*

Beat Dietschy
Zentralsekretär *Brot für alle*

Keine Gerechtigkeit ohne Gleichberechtigung

Romana Büchel, Fachverantwortliche Gender, Fastenopfer

Nahrungsmittelproduktion ist Frauensache, Bangladesch 2007 *© Brot für alle*

70 Prozent der weltweit Hungernden sind Frauen, obwohl diese im Süden die Mehrheit der Nahrungsmittel produzieren: Der ungleiche Zugang von Männern und Frauen zu wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ressourcen ist der Hauptgrund dafür.

Die Welternährungskrise im Oktober 2009 hat uns die Verletzbarkeit der globalen Ernährungssicherheit eindrücklich vor Augen geführt. Sie hat daran erinnert, mit welcher Geschwindigkeit ein grosser Teil der Weltbevölkerung in eine prekäre und lebensbedrohende Ernährungssituation gerät. Heute sind mehr als eine Milliarde Menschen von Hunger betroffen, davon sind 60 bis 70 Prozent Frauen. Besonders gefährdet sind diejenigen Frauen und Männer, die direkt von der Landwirtschaft leben (vgl. S. 9–12).

Fakt ist, dass heute drei Fünftel der ärmsten Milliarde Menschen Frauen sind. Frauen machen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aus, besitzen aber weniger als einen Hundertstel der globalen Reichtümer und nur gerade 10 Prozent des globalen Einkommens. Frauen besitzen weltweit auch weniger als 10 Prozent des kultivierten Landes, produzieren aber gerade im Süden den Grossteil der Nahrungsmittel. Es sind auch immer noch mehrheitlich

Männer, die bestimmen, was wo wann angebaut wird, welche Produkte vermarktet werden und wofür der Ertrag verwendet wird. Frauen bekommen so tagtäglich den sogenannten «Gender-Gap» in der Landwirtschaft zu spüren, der den ungleichen Zugang von Frauen und Männern zu Ressourcen wie Land und Wasser, aber auch zu landwirtschaftlichem Know-how, zu Technologie und zu Krediten bezeichnet. Ein im vergangenen Jahr dazu erschienener Bericht der Uno-Welternährungsorganisation FAO[5] zeigt eindrücklich auf, dass Frauen in den Ländern des Südens 43 Prozent aller landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ausmachen. Hätten diese Frauen den gleichen Zugang zu den Produktionsmitteln wie die Männer, könnten sie den Ernteertrag ihrer Felder um 20 bis 30 Prozent steigern. Damit liesse sich der landwirtschaftliche Ertrag dieser Länder um bis zu vier Prozent erhöhen und der Anteil hungernder Menschen weltweit um rund 12 bis 17 Prozent reduzieren.

Indische Gender-Kampagne © Patricio Frei, *Fastenopfer*

Neben dem ungleichen Zugang zu Ressourcen verschärfen tiefe Löhne von landwirtschaftlichen Angestellten, unterschiedliche Gesundheitsrisiken, eine zunehmende Verdrängung von Kleinbauern und -bäuerinnen durch Land- und Wasser-Grabbing (vgl. EinBlick 1/2010 und 1/2011) sowie die Konsequenzen von Nahrungsmittelspekulationen die Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern. Traditionell «weibliche» Arbeitsbereiche, wie die Versorgung von Kindern, Alten und Kranken (Care-Ökonomie) finden nach wie vor kaum Beachtung im vorherrschenden Wirtschaftssystem.

Klimawandel trifft Frauen meist härter

Auch die Auswirkungen des Klimawandels sind nicht geschlechtsneutral. So sind etwa in Afrika die Mehrheit aller Klimaflüchtlinge und weltweit ein Grossteil der Opfer von Klimakatastrophen Frauen. Durch ihren eingeschränkten Zugang zu Bildung und Informationen (z.B. zu Frühwarnsystemen), durch biologische Faktoren und die damit erhöhten gesundheitlichen Risiken (z.B. eine erhöhte Anfälligkeit für Malaria während der Schwangerschaft oder Mangelernährung während der Stillzeit), aber auch durch die grössere Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen sind Frauen gegenüber Klimaveränderungen besonders verletzlich.

Hauptverantwortlich für die Versorgungsarbeit und die Erwirtschaftung des Haushaltseinkommens, müssen Frauen bei abnehmender landwirtschaftlicher Produktivität und der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen immer mehr Arbeit und Zeit für die Versorgung der Familie aufwenden. So sind Frauen wegen dem Versiegen bestehender Quellen vielerorts gezwungen, für die Wasserversorgung der

Frauen der Massai beim Wasserholen, Kenia 2009

© Thomas Omondi, MPIDO, *Fastenopfer*

Familie immer längere Wege auf sich zu nehmen. Damit sind sie wie niemand anderes mit den Realitäten der exzessiven Ausbeutung der Natur vertraut.
Auch Konflikte und Kriege, welche im Zuge der immer knapper werdenden Ressourcen zunehmen, treffen die Zivilbevölkerung – und damit Frauen und Kinder – am stärksten. Männer ihrerseits werden durch den klimawandelbedingten Verlust der Einkommenssicherheit in ihrer traditionellen Ernährerrolle erschüttert und aufgrund massiver Ernteverluste oft zu Arbeitsmigration gezwungen.

Unterschiedliche Risikowahrnehmung

Die Beispiele aus den Philippinen (vgl. S. 20–23) und aus Brasilien (vgl. S. 24–29) zeigen eindrücklich auf, wie unterschiedlich Männer und Frauen je nach Arbeitsdomäne die Risiken der Klimaerwärmung wahrnehmen und spezifisch darauf reagieren. Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben denn auch gezeigt, dass Männer und Frauen Risiken tendenziell unterschiedlich angehen. So sind Männer eher bereit, für potenziell grosse Gewinne auch grosse Risiken in Kauf zu nehmen. Frauen ihrerseits tendieren zu Strategien, die das Wohlergehen ihrer Familien sicher stellen und nehmen daher lieber kleinere Risiken in Kauf, die aber kleinere Gewinne bringen. Es scheint daher denkbar, dass sich geschlechtsspezifische Risikoansätze auch auf den Umgang mit dem Klimawandel auswirken.

Politisch benachteiligt, privat engagiert

Ungleiche Chancen haben Frauen und Männer auch bei der Entwicklung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel, denn Genderaspekte haben bisher an den internationalen Klima-Konferenzen höchstens am Rande eine

Rolle gespielt. Nur gerade 16 Prozent der Wissenschaftler/innen, die zur Arbeit des Weltklimarates IPCC beitragen, sind Frauen. Entsprechend basieren die Verhandlungen bislang mehrheitlich auf technokratisch und ökonomisch geführten Debatten, während sozial nachhaltige Aspekte (wie u.a. Gendergerechtigkeit) der Klimaerwärmung immer noch gerne ausser Acht gelassen werden.

Obwohl in letzter Zeit die Bedeutung von Frauen als «Agents of Change» etwas besser erkannt wurde, kann man nach wie vor von einer hartnäckigen «Genderblindheit» in der Klimadebatte sprechen. Auch von marktbasierten Lösungsansätzen wie das Emissionshandelssystem (CDM) als Instrument, um das im Kyoto-Protokoll festgelegte Klimaschutzziel zu erreichen, profitieren Frauen und lokale Gruppen nur begrenzt. Es bleibt zu hoffen, dass man das Potential der Frauen, denen man aufgrund ihrer spezifischen Kompetenzen (z.B. ein bewussteres Konsum- und Umweltverhalten) einen Einsatz zur Veränderung unseres ressourcenintensiven Lebensstils zutrauen kann, erkennt und auch fruchtbar nutzt.

Green Economy als Alternative?

Die Dreifachkrise (Finanz-, Klima- und Nahrungsmittelkrise) hat die Legitimität der vorherrschenden Wirtschaftsmodelle grundlegend in Frage gestellt. Dabei hat sich einmal mehr schmerzhaft gezeigt, dass rasches ökonomisches Wachstum nicht zur Beseitigung von Armut führt – im Gegenteil.

Ein Umdenken und die Vision einer neuen Entwicklung sind heute mehr denn je nötig, um den Ärmsten und insbesondere auch den Frauen ein würdiges Leben zu ermöglichen.

Gewisse Ansätze der Green Economy, die eine neue globale, alternative und nachhaltige Wirtschaft anstreben und nicht nur Symptome bekämpfen (wie z.B. reine Nahrungsmittelhilfe), sondern auch strukturelle Ungerechtigkeiten an den Wurzeln anpacken wollen, scheinen hier verlockend. Angestrebt wird eine Verlagerung vom materialistischen, CO_2- und ressourcenintensiven Konsum- und Lebensstil hin zu Ansätzen, die sich am Wohl aller Menschen orientieren und einen ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Lebensstil einfordern (vgl. S. 13–17). Obwohl die meisten Modelle der Green Economy auf den ersten Blick viel versprechend erscheinen, halten sie einer kritischen Betrachtung kaum stand (vgl. S. 13–17). Eine ihrer Schwächen ist ihre definitorische Unschärfe, vereinen sie doch mehrere, sich teilweise widersprechende Konzepte. Ausserdem mangelt es an verpflichtenden Anforderungen und neuen Anreizsystemen, wie die Besteue-

Gender

Der englische Begriff «gender» bezeichnet – im Gegensatz zum Wort «sex» – nicht die biologischen Differenzen zwischen den Geschlechtern, sondern vielmehr die gesellschaftlich und kulturell konstruierten, erlernten unterschiedlichen Rollen und Identitätskonzepte, die dem Weiblichen bzw. dem Männlichen zugeschrieben werden. Diese normativen Konzepte und fixierten Rollen sind geprägt durch die soziale, wirtschaftliche, religiöse, rechtliche und politische Organisation einer Gesellschaft.

Quelle: *Fastenopfer*-Konzept Gendergerechtigkeit, Romana Büchel (2009)

rung finanzieller Aktivitäten mit sozial oder ökologisch schädlichen Auswirkungen sowie einer gerechten Besteuerung aller Profite. Nur so würde eine gesellschaftliche Partizipation an Gewinnen möglich.

Chancen oder Gefahr?

Leider bleiben in vielen neuen Modellen der grünen Wirtschaft auch Aspekte der sozialen Nachhaltigkeit und damit der Menschen- und Frauenrechte gern auf der Strecke. Eine der heiklen Fragen ist etwa, ob die Modelle wirklich Genderungerechtigkeiten und Armut bekämpfen. Unklar bleibt auch, ob arme Bevölkerungsgruppen wie Frauen, indigene Gemeinschaften oder Kleinbauern und -bäuerinnen durch die Forderung nach einer grünen Wirtschaft nicht noch weiter marginalisiert würden. So besteht etwa die Gefahr, dass sie den Zugang zu und die Nutzung von Ressourcen wie Wald und Wasser verlieren, oder dass sie durch den Bau alternativer Energiekraftwerke oder durch die Errichtung neuer Naturschutzparks von ihrem Land vertrieben würden – alles im Namen der «Grünen Ökonomie». Hinzu kommt die Gefahr, dass geplante Technologietransfers von Ländern des Nordens in die Länder des Südens deren Entwicklungschancen durch neue Konditionalitäten zusätzlich schwächen.

Klima-Gerechtigkeit für alle

Ein wirklich nachhaltiges und sozial gerechtes Modell einer Green Economy muss folglich eine griffige Klimapolitik mit dem Recht auf Entwicklung verbinden – so wie es der Ansatz der Greenhouse Development Rights (GDR) vorsieht. Er geht von einem Emissionsausstossrecht pro Kopf aus – unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Eine so verstandene Klima-Gerechtigkeit fordert einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen aller Menschen sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern.
Gespannt richten sich alle Augen auf die für das Jahr 2012 geplante Konferenz Rio+20. Diese Nachfolgekonferenz des Erdgipfels von 1992 soll einer nachhaltigen Entwicklung zu mehr Schwung verhelfen. Thematische Schwerpunkte werden dabei die nachhaltige Entwicklung und institutionelle Einbindung einer grüneren Wirtschaft in die politischen Systeme und der Kampf gegen die Armut sein. Für das Gelingen der Konferenz wird es jedoch nicht zuletzt entscheidend sein, ob und wie intensiv soziale Aspekte und insbesondere die Forderungen nach Gendergerechtigkeit in die Nachhaltigkeitsdebatte integriert werden.

Frauen am Weltsozialforum in Dakar, 2011 © Fastenopfer

Mehr Rechte für Frauen = Weniger Hunger?

Elisabeth Bürgi Bonanomi, Rechtsanwältin am World Trade Institute, Stiftungsrätin Brot für alle
Lilian Fankhauser, Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern, Geschäftsstelle WIDE Switzerland

Tägliche Futtersuche für das Vieh, Indien

© Patricio Frei, TREND, *Fastenopfer*

Abgesehen davon, dass ausgewogenere Geschlechterverhältnisse ein Ziel an und für sich ist – könnte das weltweite Hungerproblem entschärft werden, wenn die Frauen mehr Rechte erhielten? Die Welternährungsorganisation FAO ist in ihrem vorjährigen Bericht «Women in Agriculture» zu diesem diesem Schluss gekommen.

Die FAO schätzt, dass die Anzahl der rund einer Milliarde hungernden Personen um 100 bis 150 Millionen reduziert werden könnte, wenn den weltweit tätigen Bäuerinnen ein besserer Zugang zu den Produktionsmitteln gewährt würde.[5] Wie ist das zu erklären?

Feminisierung der Landwirtschaft

Der kleinbäuerliche Sektor stellt in Entwicklungsländern nach wie vor den Grossteil der Landwirtschaftsbetriebe. Im Gegensatz zu den industriellen Agrarbetrieben stagniert die wirtschaftliche Entwicklung der kleinbäuerlichen Betriebe aber seit Jahren. Der Sektor ist verletzlich und krisenanfällig. Expertinnen und Experten sind sich heute aber darin einig, dass nicht das Aufgeben, sondern die

Eine Grossmutter hütet ihr Enkelkind, Kambodscha 2009 © Paul Jeffrey, *Act Alliance*

nachhaltige Stärkung des kleinbäuerlichen Sektors den Hunger bedeutend zu bekämpfen vermöchte.

Damit dies geschehen kann, müssen verschiedene Faktoren erfüllt sein. Dazu gehört die Integration in den lokalen und regionalen Markt, was z.B. Marktschutzmassnahmen bedingen würde. Es braucht aber auch die Möglichkeit, vermehrt verarbeitete, nachhaltig produzierte Landwirtschaftsprodukte in die reichen Länder wie die Schweiz exportieren zu können. Ausserdem braucht es bessere Produktionsmittel wie gesicherte Landrechte, zahlbare Kredite, Maschinen, Saatgut und auch bessere Ausbildungsmöglichkeiten. Hier setzt der FAO-Bericht an.[5]

Eine Vielzahl der kleinbäuerlichen Betriebe in Entwicklungsländern ist heute in den Händen von Frauen, eine Entwicklung, die sich in den letzten Jahren verstärkt hat. Die wachsende Krisenanfälligkeit von kleinbäuerlichen Betrieben führt zum Beispiel dazu, dass die Männer auf der Suche nach Lohnarbeit abwandern, die Frauen zurückbleiben und Hof und Haus besorgen.

Bäuerinnen haben aber meist einen schlechteren Zugang zu Land und verfügen oft über keine oder ungesicherte Landtitel, da dies ein «Privileg» der Männer ist. Dadurch ist ihnen der reguläre Kreditmarkt verschlossen, und ihre Verhandlungsmacht beim Aushandeln von Abnahmeverträgen ist kleiner. Ausserdem haben sie weniger Möglichkeiten zur Ausbildung. All dies hat schwer wiegende Folgen: Die FAO schätzt, dass die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern um 2,5 bis 4 Prozent erhöht werden könnte, würden die Rechte und Möglichkeiten der Kleinbäuerinnen gestärkt!

Care-Arbeit: der blinde Fleck

Mit mehr Rechten für die Kleinbäuerinnen auf dem Papier alleine ist es aber nicht getan. Denn sie tragen nach wie vor einen grossen Teil der Hausarbeit und sorgen sich um Kin-

der, Kranke und alte Menschen. Damit die Kleinbäuerinnen genügend Zeit in ein landwirtschaftliches, rentables Unternehmen investieren können, brauchen sie entsprechende Möglichkeiten, um die Care-Arbeit (engl.: sorgen für, betreuen, pflegen) teilen oder abgeben zu können. Da traditionelle familiäre Netzwerke immer weniger tragen, dürfen auch auf dem Land öffentliche Institutionen für Kinder-, Alten- und Krankenbetreuung nicht noch weiter privatisiert und abgebaut, sondern müssen vielmehr ausgebaut werden. Hier kommt dem Staat, aber auch lokalen NGOs, eine bedeutende Rolle zu.

Prekäre Arbeitsbedingungen in der Agroindustrie

Nicht nur die Stärkung der Kleinbäuerinnen führt zu weniger Hunger. Auch die zunehmende Möglichkeit von Frauen, in der landwirtschaftlichen Industrie für den High-Value-Exportmarkt tätig zu sein, wird in einigen Studien grundsätzlich positiv bewertet, weil damit ein zusätzliches Einkommen erzielt werden kann. Dabei kann es sich um Erntearbeiten handeln, aber auch um die Verarbeitung und das Verpacken von Nahrungsmitteln. Dieses Einkommen wiederum wird dann zu Hause nachhaltig investiert, insbesondere in die Ausbildung der Kinder, aber auch in die eigene Subsistenz. Auch haben Frauen mit einem eigenen Einkommen eine bessere Verhandlungsposition innerhalb der Familien inne.

Hier ist jedoch Vorsicht geboten: Oft arbeiten diese Frauen unter prekären Arbeitsbedingungen und sind lediglich temporär angestellt. Es fehlt an Perspektiven, sozialer Sicherheit und an guten Lösungen für die Care-Arbeit. Ausserdem tätigen agroindustrielle Konzerne oft Investitionen, die nicht nachhaltig sind und Kleinbäuerinnen von Land und Markt verdrängen, anstatt sinnvoll mit ihnen zusammenzuarbeiten. Standards, die die Agroindustrie auf eine nachhaltige Unternehmenspolitik hin verpflichten würden, sind noch zu wenig ausgereift.

Sind Labels – «gender-fair»?

Hier verspricht der Fair-Trade-Handel Abhilfe, da er alternative Handelspartnerschaften schafft, von denen benachteiligte Produzentinnen und Produzenten profitieren können. Mit der Zahlung existenzsichernder Löhne, mit langfristigen Abnahmeverträgen, garantierten Mindestpreisen sowie der Einhaltung von Arbeitsrechten und Umweltkriterien trägt der Faire Handel zur Verbesserung der Lebenssituation von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bei.

Women in Development WIDE

Ernährung, Arbeit und Gesundheit: In diesen Politikfeldern erarbeitet WIDE Switzerland aus der Gender-Perspektive heraus Grundlagen, organisiert Veranstaltungen und bezieht Stellung. Überlegungen feministischer Ökonomie und das Thema Care-Ökonomie führen als roter Faden durch alle Aktivitäten des Netzwerkes aus Wissenschaftler/innen, Aktivist/innen und Expert/innen.

Weitere Informationen: www.wide-network.ch

Doch auch hier stellt sich die Frage, ob diese Vorteile für Frauen wie Männer gleichsam gelten. Zwar verfügen immer mehr Fair-Trade-Labels über Bestimmungen zu Genderaspekten und setzen sich, wie etwa der grösste Internationale Fairhandelsakteur FLO, in den Gesprächen mit den Kooperativen für Gendergerechtigkeit ein.

Tradition als Hinderniss

Um wirklich zu erfassen, welche Prozesse durch die Etablierung von neuen Wertschöpfungsketten ausgelöst werden, ist jedoch ein erweiterter Blick auf die Produktionssituation nötig: Welche Auswirkungen hat die Verbesserung der ökonomischen Situation eines Haushalts auf die Geschlechterverhältnisse und insbesondere auf die Verteilung der Care-Arbeit und des Einkommens? Inwiefern verändert sich der Lebensstandard der Frauen und Männer in diesen Haushalten tatsächlich? Wie die Bemühungen der letzten Jahre zeigen, gibt es bei der Umsetzung nach wie vor grosse Hindernisse: Aufgrund traditioneller Geschlechterrollen und damit verbundenen Arbeitsteilungen sind Frauen im Management oder an Versammlungen der meisten Kooperativen nach wie vor stark untervertreten oder werden nicht gleichwertig behandelt. «Wir können zwar abstimmen, haben aber keine Stimme», beschreibt eine Vertreterin einer Kaffeekooperative in Costa Rica. Ausserdem haben mehrere Studien aufgezeigt, dass Frauen aus traditionellen weiblichen Produktionsbereichen, wie etwa der Bio-Baumwolle, verdrängt wurden, sobald die Produkte gewinnbringend auf den internationalen Markt gebracht werden konnten.[4]

Eine Priorisierung von Genderfragen und entsprechende Strategien sind deshalb nach wie vor dringend notwendig: Gerade wenn sich ein Fair-Trade-Produkt auf dem internationalen Markt durchsetzt, ist der Blick auf die Situation der Produzentinnen und Arbeiterinnen im Süden und Osten wichtig: Wer übernimmt die zusätzliche (oft arbeitsintensive) Arbeit, die durch den guten Absatz der Produkte anfällt? Wer ist in den lokalen Gremien der Produzierenden vertreten? Wer in den lokalen Parlamenten? Den Entwicklungsprojekten? Wer verwaltet die Finanzen innerhalb eines Haushaltes?

Rahmenbedingungen ändern

Erst wenn diese Analysen, aber auch die Ergebnisse direkter Gespräche mit Produzentinnen und Produzenten, in den Kriterienkatalog einfliessen, ist garantiert, dass sich die Label-Produktion auch wirklich positiv auf die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Bäuerinnen im Süden auswirkt und nicht etwa zum Ausschluss von Frauen aus den Produktionsprozessen führt. Gleichzeitig ist der Blick auf das Ende der Wertschöpfungskette wichtig: Gendergerechte Labels bedingen auch eine entsprechende Handels- und Ernährungspolitik in den Ländern des Nordens. Anstatt Kaufentscheide zu moralisieren, sollte diese Rahmenbedingungen schaffen, welche soziale und ökologische Produktionsverhältnisse im Süden (und natürlich auch im Norden) fördern und unterstützen. Denn Politik wird zwar auch, aber nicht nur von den Konsumentinnen und Konsumenten vor dem Regal im Supermarkt gemacht.

Für wen ist Green Economy grün?

Dr. Hella Hoppe, Beauftragte für Ökonomie, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund SEK
Pfr. Dr. sc. agr. Otto Schäfer, Beauftragter für Theologie und Ethik, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund SEK

Zerstörerischer Klimawandel: Massai-Frau mit Tierkadaver, Kenia 2009 © Thomas Omondi, *MPIDO, Fastenopfer*

Am Weltgipfel Rio+20 im Jahr 2012 sollen Wege für ein neues ökologisches Wirtschaften eingeschlagen werden. Frauenanliegen und Gender-Aspekte haben in den Vorbereitungen bislang jedoch ebenso wenig Beachtung gefunden wie die gesellschaftstragende Rolle der von Frauen weltweit geleisteten Care-Arbeit.

Die in Vorbereitung von Rio+20 vom Uno-Umweltprogramm UNEP erstellte Studie zur ökologischen Marktwirtschaft enttäuscht dadurch, dass frauen- und genderspezifische Analysen kaum Erwähnung finden.[11] Dies, obwohl sich Frauen seit Jahrzehnten besonders stark für Umweltfragen engagieren, was sich auch auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2010 manifestierte. Umso mehr wollen nun zahlreiche Organisationen, die sich für Frauen- und Genderfragen einsetzen, eine starke inhaltliche und personelle Präsenz in Rio de Janeiro markieren.

Green Economy führt Global Green New Deal weiter

Zwanzig Jahre nach dem legendären Erdgipfel in Rio de Janeiro wird 2012 die dritte Nachfolgekonferenz Rio+20 am gleichen Ort stattfinden. 1992 beschloss die internationale

Grenzenloser Konsum im Westen: Shoppingcenter auf Rhode Island in den USA, 2008 © Milne, *Keystone*

Staatengemeinschaft das entwicklungs- und umweltpolitische Aktionsprogramm Agenda 21 (siehe Kasten). Im Juni 2012 soll nun das UNEP-Konzept der ökologischen Marktwirtschaft (Green Economy) bei der internationalen Staatengemeinschaft Konsens finden. Der zweite thematische Schwerpunkt von Rio+20 ist die dringend notwendige Neustrukturierung der internationalen Umweltinstitutionen.

Gemäss UNEP ist die Green Economy eine Wirtschaftsform, «die zu einem grösseren Wohlstand der Menschheit und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt und gleichzeitig Umweltgefahren und ökologisch bedingten Mangel erheblich reduziert». Zentrale Voraussetzung hierfür sind eine Politik und Investitionen, «die das Wirtschaftswachstum vom gegenwärtig immensen Rohstoff- und Energieverbrauch abkoppeln.»[11] Konkret schätzt UNEP, dass eine Anfangsinvestition von etwa zwei Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts in die Bereiche Landwirtschaft, Bauwesen, Energieversorgung, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie, Tourismus, Transportwesen und Abfall- und Wasserwirtschaft notwendig ist, um den globalen Wandel zu mehr Nachhaltigkeit anzustossen.[11]

Mit der Idee der Green Economy knüpft UNEP an sein Konzept des Global Green New Deal an. Damit ist ein entschlossenes staatliches Handeln gemeint mit dem Ziel, einerseits die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu schaffen und andererseits auf die ökologischen Herausforderungen – speziell auf die Klimakrise – zu antworten.[12] Propagiert wurde der Global Green New Deal, als durch die Finanzkrise von 2008 die Weltwirtschaft in eine der tiefsten Rezessionen der Nachkriegszeit rutschte und sich die Weltgemeinschaft gleichzeitig vor die immense Herausforderung gestellt sah, die Erderwärmung zu begrenzen. Bemerkenswert ist

allerdings, dass selbst in den Staaten, in denen entsprechende «grüne» Konjunkturprogramme umgesetzt wurden (z.B. in Süd- und Ostasien), traditionell männerspezifische Branchen (wie Energietechnik und ökologisches Bauen) weitaus stärker gefördert wurden als Bereiche mit hohem Frauenanteil (z.B. ökologische Fachberatungen und Ausbildungsangebote im Bereich Green Economy etc.).[7]

Engendering Green Economy

Im Positionspapier des Women Rio+20 Steering Committee zur Vorbereitung des Uno-Weltgipfels werden Frauen als Schlüsselakteurinnen für einen Wandel hin zu einer ökologischen Wirtschaftsform erachtet und konkrete politische Forderungen gestellt.[15]

In der Landwirtschaft sind die Produktions- und Weiterverarbeitungsweisen von Frauen vielfach nachhaltiger als die industriellen Verfahren in der Landwirtschaft, die von Männern eingesetzt werden. Wichtig sei deshalb, dass nicht ausschliesslich agroindustrielle Sektoren in den Programmen für «grüne Jobs» gefördert werden, sondern auch Frauen im formellen und informellen Bereich von den Investitionsprogrammen für eine Green Economy profitieren. Konkret fordert die Steuerungsgruppe, dass zielgerichtet Gelder für Aktivitäten von Frauen zur Verfügung gestellt werden, «die nachhaltige Landwirtschaft begünstigen, Wälder und andere entscheidende Ökosysteme auf dem Land und im Wasser erhalten, Verschmutzung und den Ausstoss von Treibhausgasen reduzieren sowie nachhaltige Lebensweisen schaffen.» Zusätzlich fordert sie konkrete politische Vorgaben für die Beschäftigung von Frauen im Bereich der regenerativen Energie.[15]

Mit Blick auf die knappe Ressource Wasser bedeutet dies etwa «spezielle Förderprogramme, damit Frauen und Mädchen sichere Wasserversorgung und sanitäre Bedingungen zu Hause, in der Schule oder an öffentlichen Plätzen zur Verfügung stehen sowie die Umsetzung von Gesetzen, die Wasserressourcen als öffentliche Güter schützen.»

Patriarchale Systeme und die Einschränkung von politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Grundrechten behindern Frauen erheblich darin, ihre Ressourcen und Kapazitäten für umweltfreundliche Tätigkeiten und Geschäftsfelder einzusetzen. Die Wahrung der Grundrechte von Frauen und Massnahmen für ihre Gleichstellung sind somit unabdingbar für mehr Nachhaltigkeit. Dazu gehört auch, dass Frauen Zugang zu nachhaltigen, hochentwickelten Technologien im Haushaltsmanagement, in der landwirtschaftlichen Produktion, im Geschäftsbereich oder im Transportwesen erhalten[15].

Das Women Rio+20 Steering Committee weist auch darauf hin, dass der respektvolle Umgang mit indigenen Gebieten und Gemeindeverwaltungen den Erhalt von Gemeingütern wie Wäldern und anderen Ökosystemen fördert. Indigene Frauen seien daher im Rahmen der Massnahmen für eine Green Economy speziell zu unterstützen.[15]

Care Economy und Green Economy

Kinder betreuen, alte und kranke Menschen pflegen, kochen, reinigen, haushalten – mehr als drei Viertel dieser gesellschaftlich notwendigen Arbeit wird in der Schweiz und in anderen Industriestaaten unbezahlt von Frauen geleistet. Auch in Ländern des Südens, in denen es kaum funktionierende staatliche Sozialsysteme gibt, kommt der Care Economy eine wichtige Rolle zu (vgl. S. 9–12).

Obwohl dabei wesentlich mehr Arbeitsstunden verrichtet werden als bezahlte Arbeitsstunden in

Knapp das Nötigste im Süden: Ehepaar beim Kochen in Indien, 2006 © REMES, *Fastenopfer*

der Schweizer Wirtschaft insgesamt, bleibt die unbezahlte Care Economy in offiziellen Statistiken unsichtbar. Erfasst wird nur die bezahlte Arbeit (z.B. in der Pflege oder in Kindertagesstätten), welche als Wirtschaftsbranche am schnellsten wächst.

Die derzeitige Wirtschaftsform blendet also nicht nur die immensen Kosten für die Regeneration der Natur, sondern auch die umfassende Care-Arbeit der Frauen aus.[9] Gemäss des FrauenUmweltNetzes Genanet darf es deshalb bei der Green Economy «nicht nur um eine umwelt- und ressourcenschonende Produktion [gehen], sondern [auch] um ein grundlegend anderes Verständnis zukünftigen Wirtschaftens, um den lebensweltlichen Bezug der Wirtschaft, der selbstverständlich den Bereich der Care-Ökonomie gleichwertig zur industriellen Produktion setzt.»[6]

Ein zweiter Kritikpunkt am derzeitigen Wirtschaftssystem bezieht sich auf das Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern. Das kapitalistische System funktioniere nur deshalb, weil es die schlecht bezahlte «Reproduktionsarbeit im Süden» für seine Produktion ausnutze.[10] Für ein qualitatives und alle Kosten abbildendes Wachstum sind deshalb neue Indikatoren notwendig. Diese haben in der Beurteilung des wirtschaftlichen Fortschrittes zum Ziel, Werte wie Gendergerechtigkeit und Nachhaltigkeit einzubeziehen.

Ausblick

Auf der dritten Nachfolgekonferenz Rio+20 im Juni 2012 wird es darauf ankommen, das Konzept der Green Economy und dessen Umsetzung für beide Geschlechter gleichermassen nutzbar zu machen. Wichtig wäre dabei, dass die Green Economy und die Care Economy zueinander in Bezug gesetzt würden. Denn es müssen nicht nur «grüne Jobs» ge-

schaffen werden, um eine Umweltkrise abzuwenden, sondern auch Arbeitsstellen in den personenbezogenen Dienstleistungen, um der aufgrund zunehmender öffentlicher Sparbemühungen drohenden Krise in der Sorge-Ökonomie vorzubeugen.[9]

Grünes Wirtschaften – Lippenbekenntnis oder Leitplanke?

Pascale Schnyder, Redaktorin EinBlick, Brot für alle

Die Wurzeln der Diskussion um das ökologische Wirtschaften reichen bis in die 1970er Jahre zurück, als der Club of Rome erstmals die «Grenzen des Wachstums» formulierte. Die darin geäusserte Wachstumskritik führte zu der Idee einer nachhaltigen Entwicklung, die 1992 auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro unter anderem in die Agenda 21 mündete. Die Einmaligkeit der Agenda 21 liegt darin, dass sich die Völkergemeinschaft damit in Kenntnis existenzbedrohender ökologischer und sozialer Probleme zum Ende des 20. Jahrhunderts auf den Grundsatz der Zukunftsfähigkeit von Entwicklung (engl.: sustainability) verständigt. Die Konsensformel zwischen Nord und Süd beschreibt das gemeinsame Ziel, angemessenen und gerecht verteilten wirtschaftlichen Wohlstand anzustreben, der für kommende Generationen aufrecht erhalten werden kann.

Als Massnahmenpaket sieht die Agenda 21 in den Industrieländern Anpassungen der Wirtschaftspolitik und damit auch der Energie-, Agrar- und Handelspolitik vor. In Schwellen- und Entwicklungsländern stehen Armutsbekämpfung, Bevölkerungspolitik, Bildung, Gesundheit, Trinkwasser- und Sanitärversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung sowie ländliche Entwicklung im Vordergrund. All diese Debatten führten jedoch noch nicht zu einer Abkehr vom bisherigen Entwicklungspfad.

Mit dem Klimawandel hat sich nun der Druck auf die Staatengemeinschaft erhöht, die Transformation des globalen Wirtschaftens zu beschleunigen. Zahlreiche Institutionen und Organisationen engagieren sich in der Diskussion um eine Green Economy. Wichtige Akteur/innen in der Debatte sind Uno-Organisationen, allen voran das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Bislang existieren jedoch weder eine einheitliche Definition von ökologischem Wirtschaften noch ein allgemein gültiges Konzept. Zudem ist die Abgrenzung zwischen verschiedenen international verwendeten Begriffen wie Green Economy, Green Growth, Global Green New Deal oder Green Recovery, aber auch «qualitatives Wachstum» und «nachhaltiges Wirtschaften» nicht trennscharf. Damit läuft die Diskussion Gefahr, von verschiedenen Seiten als Propaganda ohne konkrete Bekenntnisse missbraucht zu werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren insbesondere, dass die Modelle weiterhin auf dem gängigen Wirtschaftsmodell basieren und zentrale Aspekte wie Gendergerechtigkeit und Nord-Süd-Fragen ausblenden. Die Diskussionen am Weltgipfel Rio+20 werden für die Weiterentwicklung von nachhaltigen Massnahmen daher eine zentrale Rolle spielen.

Gleiche Bedrohungen – unterschiedliche Betroffenheit?

Romana Büchel, Fachverantwortliche Gender, Fastenopfer

Alle an einem Tisch, Senegal 2009 *© Fastenopfer*

Frauen ernähren sich tendenziell gesünder und sind umweltbewusster als Männer. Gleichzeitig sind sie weltweit in besonderem Mass von Umwelt- und Klimakatastrophen betroffen, wie folgende Fallbeispiele zeigen. Für die Lösung globaler Probleme ist der Einbezug von Frauen daher unabdingbar.

«Der Mensch ist, was er isst…» – was ist an dieser Lebensweisheit dran? Frauen und Männer ernähren sich offenbar anders, denn geschlechtsspezifische Unterschiede werden bei den Ernährungsgewohnheiten deutlich sichtbar: Diverse Studien haben gezeigt, dass Frauen im Allgemeinen «gesündere», d.h. fleischärmere Kost als Männer zu sich nehmen. Bereits Jungen werden am Mittagstisch dazu angehalten, kräftig und «mit gesundem Appetit» zuzulangen und werden als «tüchtige Esser» gelobt, während Mädchen zu kulinarischer Zurückhaltung erzogen werden und eher zu Ernährungsstörungen wie Anorexie neigen. Bestimmte kulturell definierte Ernährungsweisen dienen also nicht zuletzt dazu, die eigene Männlichkeit oder Weiblichkeit zu konstruieren und zum Ausdruck zu bringen (doing gender).

Welche Unterschiede zwischen den Geschlechtern werden manifest, wenn man das genderspezifische Konsum- und Umweltverhalten untersucht? In Österreich wurde beispielsweise

festgestellt, dass Frauen grundsätzlich umweltfreundlicher unterwegs sind: Sie legen mehr als die Hälfte ihrer Alltagswege zu Fuss, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Eine weitere Untersuchung zeigt, dass schwedische Frauen mittleren Alters nur rund halb so viel CO_2-Emissionen verursachen wie ihre männlichen Altersgenossen. Ein höheres Umweltbewusstsein zeigt sich auch im weiblichen Konsumverhalten: Frauen kaufen deutlich häufiger Bioprodukte ein und sind beim Recycling konsequenter.

Rollenmuster schaffen Opfer

Es ist allgemein bekannt, dass besonders Frauen und Kinder unter den Folgen von klimabedingten Naturkatastrophen leiden. Doch trifft dies immer zu? Nach dem Zyklon und den Überflutungen in Bangladesch im Jahr 1991 war die Todesrate von Frauen fast fünfmal höher wie diejenige der Männer. Dies, weil die Warnungen an öffentlichen Orten von Männern zu Männern übertragen wurden, jedoch kaum an die Familien. Vielen Frauen war es auch nicht erlaubt, ihr Haus ohne männliche Begleitung zu verlassen, so dass sie auf ihre männlichen Verwandten warteten, damit diese sie evakuierten.
Auch als der Tsunami 2004 die Küste von Aceh heimsuchte, waren bei weitem mehr Frauen als Männer unter den Opfern. Eine Tatsache, die nicht zuletzt aus der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern resultierte: Während sich viele Männer auf den Feldern befanden, wo sie sich schnell auf Bäume retten konnten oder auf See beim Fischen waren, wo sie die Tsunami-Welle nicht mit der gleichen Wucht treffen konnte, versuchten die Frauen in den Dörfern, Kinder und alte Menschen in Sicherheit zu bringen. In ihre engen Sarongs gekleidet, waren sie kaum in der Lage zu rennen und konnten zudem häufig auch nicht schwimmen.
Umgekehrt starben jedoch durch Hurrikan Mitch in Mittelamerika mehr Männer als Frauen. Es wird vermutet, dass dies mit dem westlich geprägten Ideal von «heroischer Männlichkeit» erklärt werden kann. Männer werden dadurch ermutigt, sich bei der Rettung von Überlebenden und den Aufräumarbeiten in besonders riskante Situationen zu begeben. Gender-Differenzen manifestieren sich auch beim Wiederaufbau nach Katastrophen: So liegt die Präferenz von Männern fast ausschliesslich auf produktiven Aktivitäten, während Frauen ihre Prioritäten neben ökonomischen Möglichkeiten auf das physische und psychologische Wohlergehen ihrer Kinder setzen.

Ungleiche Machtverteilung hemmt Entwicklung

Doch so hoch die soziale Verantwortung sowie das Umwelt- und Ernährungsbewusstsein von Frauen im privaten Bereich auch sein mag, das Management von Energie- und Nahrungsmittelkonzernen und die Entscheidungspositionen in der Politik sind nach wie vor fest in männlicher Hand. Auch in der Klimapolitik werden die Perspektiven, Bedürfnisse und Strategien von Frauen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene selten berücksichtigt und der Anteil von Genderexpertinnen ist verschwindend klein. Zur Lösung der immensen globalen Probleme benötigen wir aber dringend die Potenziale aller gesellschaftlichen Gruppen sowie von Frauen und Männern gleichermassen. Die folgenden Projektbeispiele aus den Philippinen und aus Brasilien zeigen dies auf eindrückliche Weise.

Philippinen

Küstenfischerinnen stellen sich dem Klimawandel

Jovelyn T. Cleofe, Geschäftsführerin Center for Empowerment and Resource Development CERD

Aufforstung von Mangroven-Hainen an der Küste von Hinatuan, Philippinen 2011 © Bob Timonera, *CERD, Fastenopfer*

Die Philippinen werden von durchschnittlich 20 Taifunen pro Jahr getroffen, Tendenz steigend. Viele Gemeinschaften verlieren durch immer häufiger auftretende extreme Wetterereignisse ihre Lebensgrundlagen und ihren Lebensraum. Besonders stark vom Klimawandel betroffen sind die Küstenfischerinnen.

Gemäss dem Uno-Entwicklungsprogramm UNDP sind die Philippinen das weltweit verwundbarste Land in Bezug auf die Gefährdung durch Tropenstürme und stehen hinsichtlich der Zahl der dadurch bedrohten Menschen an dritter Stelle. Als Archipel mit 7 100 Inseln und Kleininseln sind sie zunehmenden Risiken wie immer stärkeren Tropenstürmen, Sturmfluten, einer dramatischen Veränderung des Niederschlagsmusters, der Erhöhung des Meeresspiegels und steigenden Meerestemperaturen ausgesetzt. In gewissen Gegenden häufen sich Überschwemmungen, in anderen Regionen Trockenperioden. Das hat nicht nur schwer wiegende Folgen für die Bevölkerung, sondern auch für die Ökosysteme, die Artenvielfalt und die natürlichen Ressourcen. Die Ernährungssicherheit, die Verfügbarkeit von Wasser, die Gesundheit sowie Siedlungen und Infrastruktur sind dadurch bedroht.

Zerstörte Küstengebiete

Mit 36 289 km haben die Philippinen eine der längsten Küstenlinien der Welt. 62 Prozent der Bevölkerung leben in 915 Küstengemeinden. Im Jahr 2006 waren 1,4 Millionen Personen im Fischereisektor beschäftigt. Das entspricht fünf Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Die Küstengebiete der Philippinen beherbergen unterschiedliche tropische Ökosysteme wie Sandstrände und -dünen, felsige Landzungen, Korallenriffe, Mangroven, Seegraswiesen, Lagunen, Feucht- und Mündungsgebiete. Über 80 Prozent der ursprünglichen Mangrovenwälder des Landes sind gerodet worden. Diese im Gezeitenbereich an der Küste wachsenden Bäume bieten jedoch Lebensraum für Tausende von Tier- und Pflanzenarten und schützen die dahinter liegenden Gebiete gegen Fluten. Um Platz für Fischzuchtanlagen zu schaffen, werden weiterhin Mangrovengebiete zerstört. Dadurch werden immer mehr Sedimente in Riffen abgelagert und bedrohen den Lebensraum von 2 177 Fischarten, welche für die mittellose Küstenbevölkerung überlebenswichtig sind. Im Laufe der letzten Jahre hat sich der Zustand der Riffe zusehends verschlechtert. Nur noch gerade fünf Prozent können als sehr gesund bezeichnet werden.

Wetter immer unberechenbarer

CERD ist seit 1996 in der Gemeinde Hinatuan der Provinz Surigao del Sur auf der Insel Mindanao tätig. In dieser Region gibt es keine Trockenzeit, dafür aber eine ausgeprägte Regenzeit. In letzter Zeit sind die Regenzeiten unregelmässig geworden und haben sich verschoben. Die Häufigkeit und Dauer von Trockenperioden und Zeiten mit starken Niederschlägen nimmt zu. In den letzten fünf Jahren sind immer öfter starke Fluten aufgetreten. Für die Bevölkerung wird es schwieriger, das Wetter vorherzusehen und sich darauf einzustellen, was die Küstengemeinden stark bedroht. Die von CERD unterstützten einkommensschaffenden Projekte wie die Fischhaltung in Käfigen, die Fischzucht in Teichen und der Anbau von Seetang sind durch diese Entwicklung zunichte gemacht worden. So sind z.B. die Fischkäfige zerstört worden, weil der Meeresspiegel um einen Meter angestiegen ist.

Bei einer gemeinsam mit *Brot für alle* durchgeführten Klima- und Katastrophenrisikoanalyse haben Fischerinnen und Fischer von Hinatuan ihre Beobachtungen hinsichtlich der saisonalen Veränderungen zusammen-

Algenfischen: eine wichtige Einkommensquelle, Philippinen 2011 © Bob Timonera, *CERD, Fastenopfer*

getragen. Während die Männer eher Risiken erwähnten, die mit der Gesundheit und der Fischerei zusammen hängen, sorgten sich die Frauen stärker um die Landwirtschaft, das Muschelsammeln und die Küstenerosion.

Regierung ignoriert Bedürfnisse der Fischerinnen

Fischerinnen und Kinder, die in Hochrisikogebieten leben und zu den verletzbarsten Bevölkerungsgruppen gehören, geraten durch die Auswirkungen des Klimawandels weiter in Bedrängnis. Der beschränkte Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und die fehlende Kontrolle darüber verschlimmern ihre Lage und machen sie noch anfälliger für Risiken und Katastrophen. Die Berufsgruppe der Fischerinnen wird weder wahrgenommen noch anerkannt und kommt darum auch kaum in den Genuss von Regierungsinterventionen zu Gunsten von männlichen Fischern. Bei der Planung von Massnahmen für die Reduktion von Katastrophenrisiken werden geschlechtsspezifische Unterschiede nicht berücksichtigt. Weil die Riffe absterben und die El-Niño-Ereignisse zunehmen, verringert sich der Fischereiertrag. Küstengebiete, in denen Frauen und Kinder Muscheln sammeln, werden immer öfter überschwemmt. Seegraswiesen und Mangroven, die Frauen als Nahrungs- und Einkommensquellen dienen, werden zusehends durch klimabedingte Katastrophen, Rodung und Umnutzung zerstört. So nimmt die Armut zu und insbesondere Frauen und Kinder hungern. Wegen der Überbeanspruchung von Ressourcen müssen viele Frauen auswärts arbeiten und ihre Männer und Kinder zurücklassen, um zum Familieneinkommen beizusteuern.

Die veränderten Niederschlagsmuster haben nicht nur den Fischfang, sondern auch die

Die gemeinsame Vermarktung des Fischfangs schafft Einkommenssicherheit, Philippinen 2011

© Bob Timonera, *CERD, Fastenopfer*

Nahrungsmittelproduktion in ländlichen Gebieten verändert. So ist auch die von Frauen praktizierte Viehzucht betroffen. Auf Samar in den Visayas hungert ein Teil der ländlichen Bevölkerung wochenlang oder ernährt sich ausschliesslich von lokal angebauten Wurzel- und Knollenfrüchten wie Maniok, weil die Insel bei rauer See nicht mit Reis, Salz, Zucker und weiteren Nahrungsmitteln versorgt werden kann.

Fischerinnen schützen ihre Lebensgrundlagen

Mit Unterstützung von *Fastenopfer* hat CERD Küstenfischerinnen in Hinatuan und weiteren Gebieten organisiert. Sie beteiligen sich am Wiederaufbau, am Schutz und am Management der Küsten- und Meeresressourcen. Wo Frauen und Männer gemeinsam Fischschutzgebiete verwalten, hat sich der Fischbestand erholt. Damit stehen den Frauen mehr Fische und andere Meerestiere für den Verkauf zur Verfügung. Mangroven sind wieder aufgeforstet und bestehende Mangrovenwälder unter Schutz gestellt worden. Sie dienen als natürliche Puffer gegen starke Winde und Wellen und vermindern das Risiko, dass Häuser weggespült werden. Da die Frauen für den häuslichen Bereich verantwortlich sind, setzten sie sich besonders für den Schutz der Siedlungen ein.
Gemeinsam mit den Fischerinnen der Barangays San Juan und Talisay auf der Insel Mahaba hat CERD Schonzeiten für verschiedene Schalentierarten eingeführt, um den Bestand dieser wichtigen zusätzlichen Nahrungs- und Einkommensquelle zu sichern. Zudem haben die Frauen eine Nahrungsmittelbank gegründet und Reisreserven für die Insel aufgebaut. In San Juan haben sie ausserdem Gemüsegärten angelegt, die ihren Speisezettel erweitern und ihnen ein Zusatzeinkommen ermöglichen. Sie machen Versuche mit verschiedenen Gemüsesorten, die besonders widerstandsfähig gegen starken Regen oder Trockenheit sind.

Erfolgreiche Klimapolitik braucht Frauen und Männer

Jetzt, wo sich die Regierung endlich mit dem Klimawandel und Massnahmen zur Risikoreduktion und -bewältigung beschäftigt, müssen sich auch die Fischerinnen Gehör verschaffen. Weil der Klimawandel Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise betrifft, sind Anpassungsstrategien gefragt, die der besonderen Verletzbarkeit der Frauen Rechnung tragen. Sie müssen einbezogen werden, wenn es darum geht, Probleme zu identifizieren und Lösungen auszuarbeiten. Massnahmen zur Bewältigung des Klimawandels müssen zu einer Umgestaltung der Geschlechterbeziehungen beitragen und dürfen nicht der Benachteiligung der Frauen Vorschub leisten.
Die Frauen müssen sich organisieren und gemeinsam mit den Männern nach Lösungen suchen, die ihre unterschiedlichen Lebensrealitäten berücksichtigen. Die Anpassungsfähigkeit der Frauen an die Herausforderungen des Klimawandels muss auf verschiedenen Ebenen gestärkt werden: im persönlichen Bereich und im Haushalt, in der Organisation, im Gemeinwesen, in der Gesellschaft und in der Politik. Der Schlüssel zur Verminderung der Verletzbarkeit der Bevölkerung der Küstengebiete liegt im Aufbau und in der Stärkung von Partnerschaften zwischen staatlichen Institutionen, der Privatwirtschaft und Nichtregierungsorganisationen.

Brasilien

Frauentag im Klimaworkshop

Katharina Morello, Buchautorin und ehemalige Mitarbeiterin von Brot für alle

Bäuerinnen zeichnen eine Risikokarte der Gemeinde Tapera, Brasilien 2011 © Katharina *Morello, Brot für alle*

Der Klimawandel ist ein Phänomen, das von Frauen und Männern unterschiedlich erlebt und wahr genommen wird. In den Workshops von *Brot für alle* zum Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels und mit Katastrophenrisiken wird deshalb geschlechtergetrennt gearbeitet. Ein Augenschein in Brasilien.

«Ich stehe früh auf und nehme meine Hacke. Ohne Kaffee, ohne gar nichts, gehe ich aufs Feld. Ich arbeite und arbeite, bin eine Frau vom Lande, stets müde – mein Gott! – und meine Hände sind rau», singen die Bäuerinnen von Tapera, einer kleinen Ortschaft im Norden von Minas Gerais in Zentralbrasilien. Morgens um neun haben sich rund zwanzig Frauen in der Dorfschule eingefunden. Heute ist ihr Tag im dreitägigen Workshop, den *Brot für alle*, HEKS und dessen lokaler Partner, das Centro Agricultura Alternativa, organisiert haben (s. Kasten S. 25). Anders als die Männer am Vortag eröffnen die Frauen ihre Versammlung nicht mit einer Rede, sondern mit einem Gebet und einem Lied, das vom harten Leben der Landfrauen erzählt. Alle kennen den Text auswendig, die Alten wie die Jungen, und klatschen den Rhythmus dazu. Dem Inhalt zum Trotz klingt es gar nicht traurig, sondern beschwingt und voller Energie.

Die Klima-Arbeit von *Brot für alle*

Marion Künzler, Verantwortliche Klimaworkshops Brot für alle

Seit 2009 führt *Brot für alle* in südlichen Ländern rund um die Welt Projektanalysen sowie Trainings zum Umgang mit Klimawandel und Katastrophenrisiken durch. In Brasilien organisierten *Brot für alle*, HEKS und dessen lokaler Partner im März 2011 eine Projektanalyse und einen dreitägigen Workshop mit ortsansässigen Bäuerinnen und Bauern. Es wurden Strategien erarbeitet, mit deren Hilfe sich die Bevölkerung künftig besser gegen Klimarisiken wie Dürren und unregelmässige Niederschläge schützen kann. Weitere Projektanalysen fanden bislang in Honduras, Äthiopien, Niger, auf Haiti, auf den Philippinen, in Simbabwe und in Indonesien statt.
Im Klimaworkshop stellen sich die Teilnehmenden nach einem Frauen- und einem Männertag gegenseitig die Ergebnisse vor und einigen sich auf prioritäre Strategien und nächste Schritte. In einer Folgewoche findet für Projektmitarbeitende jeweils ein intensives Klimatraining im entsprechenden Land statt, an dem auch Interessierte von anderen Organisationen, Wissenschaftler/innen und Regierungsvertreter/innen teilnehmen. Sie lernen in diesem Training das von *Brot für alle* und HEKS entwickelte Arbeitsinstrument zum Umgang mit Klimawandel und Katastrophenrisiken kennen und wie sie es anwenden können.

www.brotfueralle.ch/klimaworkshops

Bald sind die Frauen mit Eifer an der Arbeit. Der Klimawandel ist ein Thema für sie, natürlich! Sie spüren die Veränderungen. Hier in der Gegend macht das Wetter seit einiger Zeit nur noch Kapriolen, ist die Regenzeit nicht mehr das, was sie einmal war. Früher setzten die Niederschläge verlässlich im Lauf des Oktobers ein und fielen über die Monate des Pflanzens und Wachsens verteilt bis etwa Februar. Heute kommt der Regen später, in manchen Jahren erst im Dezember. Und wie er dann kommt! Alles auf einmal. Sturzbäche fallen vom Himmel und überschwemmen die Felder, die Flut droht bis zu den Häusern zu steigen. Und dann folgt gar nichts mehr. Im Januar und Februar wird es unglaublich heiss, herrscht völlige Trockenheit. Die Leute von Tapera, die ihre Äcker nach biologischen Grundsätzen bewirtschaften, erleiden inzwischen bis zu 60 Prozent Ernteverlust! Mit Mühe reicht es für den Eigenbedarf, für das Saatgut im nächsten Jahr. Für den Verkauf bleibt kaum etwas übrig.

Bedrohte Ressourcen

Während die einen eine Karte des Gemeindegebiets mit seinen Ressourcen an fruchtbarem Boden, Weiden, Wald, Wasserläufen und Infrastruktur zeichnen, fertigen die anderen einen Saison-Kalender an. Sie listen auf, wofür sie übers Jahr verteilt wie viel Zeit aufwenden. Oh, gibt es da stets viel zu tun: In der Landwirtschaft, für die Kooperative, die Viehpflege, im Garten, dann Kochen, Waschen, Bügeln … – «und abends die Liebe!»

– Gelächter. Ist Liebe eine Arbeit? Natürlich nicht, wehrt sich die eine. Doch in der strengen Erntezeit – und jetzt nicken alle – fehlt dafür die Lust und Energie. Der Kalender zeigt am Ende auch auf, was lokal produziert wird: Mais, Bohnen, Erdnüsse, Reis, Maniok und Zuckerrohr, aus dem Blockzucker und Cachaça (der beliebte brasilianische Schnaps) hergestellt werden.

Hinzu kommt noch die Sammelwirtschaft im Cerrado, dem immergrünen Savannenwald. Ein wichtiger Wirtschaftszweig! Die Frauen wissen genau, was sie dem Wald verdanken: Der Cerrado widersteht Dürre wie Flut. Er bietet eine unglaubliche Vielfalt an Früchten und Medizinalpflanzen. Und in Trockenzeiten findet das Vieh noch Futter in den Blättern der Bäume. Doch bereits sind weite Teile des Cerrado den Monokulturen der modernen Agroindustrie zum Opfer gefallen.

In der Gegend von Tapera wird Holzkohle aus Eukalyptus gewonnen. Der Anbau dieser schnell wachsenden Pflanze lässt den Grundwasserspiegel sinken, das Wasser wird zum Teil durch Dünger und Pestizide vergiftet. Neben dem Klimawandel sind die riesigen Eukalyptus-Plantagen für die Kleinbäuerinnen und -bauern eine weitere existenzielle Bedrohung.

Nicht wenige der angeregt diskutierenden Teilnehmerinnen haben ihr Baby oder Kleinkind bei sich, auch dies ein Unterschied zum Männertag. Die Grösseren spielen in Rufweite, die Babys wandern von Arm zu Arm. Dennoch wird konzentriert gearbeitet, und die Gespräche zeigen: Die Frauen von Tapera sind stark und eigenständig, sie beteiligen sich, bringen ihre Meinung ein, viele übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und haben Leitungsfunktionen in der Gemeinschaft. Nur gerade bei der Viehzucht sagen sie: Das ist Männersache! Für Marion Künzler, die Klimaexpertin von *Brot für alle*, ist das sichtbare Genderbewusstsein nicht selbstverständlich. «Hier machen alle alles. Doch Männer- und Frauenwelten sind andernorts stärker getrennt und deshalb sind die Wahrnehmungen unterschiedlicher», sagt sie. «Auf

Jung und Alt präsentieren der Frauengruppe ihre Risikokarte, Brasilien 2011 © Katharina Morello, *Brot für alle*

den Philippinen etwa sind die Muschelsammlerinnen stark von Klimawandel und von Katastrophen betroffen. Obschon die Muscheln rund 30 Prozent der familiären Einkünfte ausmachen, nannten ihre Männer diese Einkommensquelle gar nicht» (vgl. S. 20–23).

Gemeinschaftliches Potenzial

Am Abend «ihres» Tages organisieren die Frauen ein Fussballspiel, zu dem sich bald auch zahlreiche Männer einfinden. Und am folgenden Tag definieren alle gemeinsam ihre künftigen Strategien. Ein Beispiel: Sie wollen mehr Wasserauffangbecken bauen. Diese einfachen Teiche schützen das abschüssige Land vor Bodenerosion und dienen der besseren Nutzung der heftigen Niederschläge. Sie erhöhen die Infiltration von Wasser in den Boden und können in Dürrezeiten zur Bewässerung sowie als Viehtränke eingesetzt werden. Doch nicht nur für den Arbeitsalltag, auch politisch und sozial wollen sich die Leute rüsten – um sich gemeinsam gegen bedrohliche Projekte der Agroindustrie zur Wehr setzen zu können.
«Dies sind nachhaltige Massnahmen», kommentiert Marion Künzler. «In Tapera pflegen die Menschen einen guten und sehr sorgfältigen Umgang mit der Umwelt und der Natur. Hier besteht ein grosses Potenzial, die Herausforderungen wirkungsvoll anzupacken, die der Klimawandel an die Gemeinschaft heranträgt!» Genderspezifisch hat sie in Tapera kaum Unterschiede festgestellt. Doch aufgrund ihrer positiven Erfahrungen will sie an den geschlechter getrennten Workshops festhalten. «Wo sich die Arbeitsbereiche von Männern und Frauen stärker unterscheiden, sind diese auch anders betroffen. Zudem – und das sieht man auch am Beispiel Tapera – gehen Männer und Frauen eine Sache verschieden an. Männer haben vor allem ihre eigene konkrete Arbeit im Auge, während Frauen eher auch die Veränderungen auf das soziale Leben beachten. Mit den Männer- und Frauentagen schaffen wir Raum, den verschiedenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.»

Wasserauffangbecken gleichen unregelmässige Niederschläge aus, Brasilien 2011 © Katharina Morello, *Brot für alle*

Brasilien

Frauen fordern eine andere Wirtschaft

Maria Emilia Pacheco Lisboa, ehemalige Direktorin von FASE und Beraterin des Programms für «Recht auf Nahrungssicherheit, Agroökologie und solidarisches Wirtschaften»

Marcha das Margaridas, Brasilien 2011 © FASE, *Fastenopfer*

Die Bewegung der brasilianischen Landfrauen rüstet sich für den Erdgipfel Rio+20. Sie kämpft für eine andere Wirtschaft, in der die Menschen und die Umwelt im Vordergrund stehen.

«2011 Gründe, um für eine nachhaltige Entwicklung mit Gerechtigkeit, Autonomie, Gleichberechtigung und Freiheit zu marschieren» – unter diesem Motto fand im August 2011 in der Hauptstadt Brasilia bereits zum vierten Mal eine grosse Demonstration statt, an der sich die brasilianische Landfrauenbewegung «Marcha das Margaridas» massgeblich beteiligte. Dieses Jahr fiel die Demonstration mit den Debatten zur Vorbereitung der Uno-Konferenz Rio+20 über nachhaltige Entwicklung zusammen.

Rio+20 möchte die Grüne Wirtschaft als ein Modell präsentieren, welche das kapitalistische Wirtschaftssystem ablösen soll. Als Antwort auf die Krise des Planeten sieht sie einen Mix aus neuen Technologien, Marktlösungen und der privaten Aneignung von Allgemeingütern vor. Die Verfechter/innen der Grünen Wirtschaft stützen sich dabei auf statistische Daten, wonach nur 23,8 Prozent der Landbiomasse auf die Märkte gelangen. Das bedeutet, dass noch 76,2 Prozent für die Vermarktung und Monopolisierung zur Verfügung stehen. Dagegen wehrt sich die brasilianische Landfrauenbewegung. Sie betrachtet die Probleme nicht aus einer Optik des Marktes und der Technologien, sondern aus der Sichtweise der Menschen und ihrer Rechte.

Kampf gegen Patente und Gentech

Die Bewegung der Landfrauen hat anlässlich von Rio+20 viel zu sagen. Sie setzt sich für die Bewahrung der Artenvielfalt und den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Res-

sourcen ein. Sie fordert einen rechtlichen Rahmen zum Schutz von traditionellem Saatgut und wehrt sich gegen die Bestrebungen von Unternehmen, traditionelles Pflanzenwissen mit dem Ziel der Gewinnmaximierung patentieren zu lassen. Patente verstossen gegen die Kollektivrechte der Landbevölkerung, indem sie die Ernährungssouveränität und das Recht auf freie Nutzung der Artenvielfalt missachten.
Ein konkretes Projekt zum Schutz von traditionellem Saatgut wurde im Bundesstaat Mato Grosso, wo FASE aktiv ist, etabliert. Hier wurde ein Netzwerk zum Austausch von Saatgut aufgebaut, an dem sich die Frauen als Hüterinnen der Pflanzenvarietät aktiv beteiligen. Von der lokalen Ebene ausgehend trägt ihre Arbeit dazu bei, die Privatisierung von Saatgut zu regulieren. Traditionelle Samen werden so vor dem Risiko der Verunreinigung durch gentechnisch verändertes Saatgut beschützt.
Der Druck von Bauern- und Bäuerinnen- sowie Umweltorganisationen hat dazu beigetragen, dass Brasilien und auch Indien Gesetze gegen den Einsatz der «Terminator-Technologie» erlassen haben. Bei dieser Methode der Gentechnik werden Pflanzen so verändert, dass die Pflanzen keine keimfähigen Samen mehr hervorbringen können. Damit sollen Bauern gezwungen werden, jedes Jahr aufs Neue Saatgut zu kaufen. Es besteht die Gefahr, dass die Pollen der Terminator-Pflanzen auf die Nachbarfelder übergehen und traditionelle Pflanzen durch diese Einkreuzung ebenfalls unfruchtbar werden.

Frauen fordern mehr Anerkennung

Diese Vorschläge der «Marcha das Margaridas» stossen in allen Ecken des Landes auf Echo. In Mato Grosso schliessen sich die Frauen zu Wirtschaftsgruppen zusammen. Indem die Frauen verstärkt an Aktivitäten ausserhalb des Haushaltes teilnehmen, steigen ihr Selbstwertgefühl und ihre Anerkennung innerhalb der Gemeinschaft. So haben sie sich etwa erfolgreich gegen die Diskriminierung von Frauen beim Zugang zum 2003 geschaffenen Regierungsprogramm für den Erwerb von Nahrungsmitteln (Programa de Aquisição de Alimentos PAA) gewehrt.
Die feministische Kritik am gängigen Wirtschaftsmodell, der Kampf für eine Wirtschaft des Wohlergehens und der Nachhaltigkeit sowie die Kritik an der privaten Aneignung der natürlichen Ressourcen und der zunehmenden Kommerzialisierung und künstlichen Umgestaltung der Umwelt miteinander zu verbinden, ist eine grosse Herausforderung. Der Einsatz der Frauen will zu einer anderen Wirtschaft beitragen.

Die *Fastenopfer*-Partnerorganisation FASE setzt sich im Amazonas für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen (Wasser, Flora und Fauna, Nutzung der Bodenschätze etc.) ein. Dazu sensibilisiert und begleitet die Organisation die lokale Bevölkerung und bringt die Anliegen der nachhaltigen Entwicklung in Regierungsprogramme ein. Gleichzeitig engagiert sich FASE für die Ernährungssicherung der Familien durch deren Stärkung im Anbau und der Vermarktung von ökologischen Landwirtschaftsprodukten.

www.fase.org.br

Gleichberechtigung als Lösung

Andrea Kolb und Romana Büchel, Fachverantwortliche Gender, Brot für alle und Fastenopfer

Gemeinsam in die Zukunft, Brasilien 2011 © FASE, *Fastenopfer*

***Brot für alle* und *Fastenopfer* stellen die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit zuoberst auf die Agenda ihrer ökumenischen Kampagne 2012. Angesichts der globalen Herausforderungen ist es nötiger denn je, die unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen von Frauen und Männern in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.**

Die Zahlen und Fakten in diesem EinBlick sprechen eine deutliche Sprache: Nach wie vor prägen ungerechte Strukturen die Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen. Und nach wie vor werden die Kompetenzen von Männern und Frauen nicht gleichwertig anerkannt: Wirtschaftliche Leitungsetagen, politische Schaltstellen und religiöse Ämter werden von Männern dominiert, während 70 Prozent der unbezahlten Care-Arbeiten weltweit von Frauen verrichtet werden. Was ist zu tun?

Neue Geschlechterrollen

Geschlechtergerechtigkeit bedeutet nicht nur die Beseitigung von Diskriminierung wie z.B. Lohnungleichheiten, sondern auch die Thematisierung von Machtgefällen und stereotypen Geschlechterrollen. Nur so können ungerechte Strukturen bekämpft und langfristige nachhaltige Verhaltensänderungen erwirkt werden. Ein erleichterter Ressourcen-Zugang für Frauen allein kann Geschlechterungerechtigkeiten noch nicht beseitigen. Vielmehr müssen auch Männer aktiv in den Entscheidungsfindungsprozess zur Umverteilung von Ressourcen und Macht integriert werden. Sie dürfen nicht als Verlierer hervorgehen, sondern müssen für sich

selbst neue Männerrollen definieren und die daraus entstandenen Vorteile sehen und mittragen können.
Diesen Ansatz des Gender-Empowerments verfolgen *Brot für alle* und *Fastenopfer* im Norden im Rahmen der entwicklungspolitischen Arbeit und im Süden auf Ebene der Programme und Projekte. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer sich individuell und kollektiv selbst dazu befähigen, ihre Rechte einzufordern, sich gegen ungerechte Strukturen zur Wehr zu setzen und sich aktiv am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen, so dass sie ihre Lebensgrundlage sichern und sich gegen ungerechte Machtstrukturen wehren können. Auch hier müssen stets die komplexen Wechselbeziehungen zwischen den Geschlechtern berücksichtigt und allenfalls auch Männer in ihrer Rolle als verantwortungsvolle Akteure gestützt werden.

Geschlechtersensibilität notwendig

Wirksame Entwicklungszusammenarbeit kann nur unter dem Einbezug der Genderperspektive funktionieren. Nur wenn die Bedürfnisse und Interessen der Verletzlichsten - und darunter befinden sich viele Frauen und Kinder - explizit analysiert und berücksichtigt werden, kann Armut und Hunger effizient bekämpft werden. Dass es äusserst fruchtbar ist, die Beobachtungen und Strategien geschlechtergetrennt zu analysieren, zeigen die Klimaworkshops von Brot für alle oder das Fallbeispiel von den Philippinen.

Unterschiede als Bereicherung

Nur wenn die unterschiedlichen Frauen- und Männeranliegen integriert werden, kann der Grundstein für eine geschlechtergerechte Verteilung von Verantwortung und Macht gelegt werden. Nur so kann der Grundstein für eine geschlechtergerechte Verteilung von Verantwortung und Macht gelegt werden. Angesichts der riesigen globalen Probleme sollten wir den reichen Erfahrungsschatz und das kreative Lösungspotential von Frauen und Männern nicht ungenutzt lassen. Dafür setzen wir uns ein.

Kampagne 2012 – Mehr Gleichberechtigung heisst weniger Hunger

Dieser EinBlick liefert Hintergrundinformationen für die ökumenische Kampagne 2012 von *Brot für alle, Fastenopfer* und Partner sein. Sie sensibilisiert für die ungerechten Strukturen und Rollenverteilungen zwischen Frauen und Männern und plädiert für eine Stärkung der meist von Frauen geleisteten Sorge- und Betreuungsarbeit (Care-Arbeit) in Gesellschaft und Wirtschaft.
Mit «A Voice in Rio» möchten wir die Schweizer Öffentlichkeit dazu einladen, einem von sechs Projekten ihre Stimme zu geben. Die Projekte stehen beispielshaft für eine gendergerechte und nachhaltige Wirtschaftsform, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Das Gewinnerprojekt stellen wir den Schweizer Behörden vor und ermöglichen einer Vertretung des Projekts, an der Uno-Konferenz Rio+20 vom 4. bis 6. Juni in Rio de Janeiro teilzunehmen.

Mehr Informationen ab 1. November auf: www.rechtaufnahrung.ch

Was ist zu tun?

Romana Büchel, Fachverantwortliche Gender, Fastenopfer

Bei allen Interventionen der Entwicklungszusammenarbeit lautet das Gebot: Wachsam bleiben! Auf der *Ebene von Projekt- und Programmarbeit* sollte stets eine «Gender-Brille» getragen und intern wie extern die Gleichstellung der Geschlechter angestrebt werden. So werden Bedingungen geschaffen und Dynamiken unterstützt, die es Frauen und Männer individuell und kollektiv erlauben, ihre Lebensgrundlagen mittels ihrer spezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen zu sichern, ihr Wohlbefinden zu verbessern und sich gegen ungerechte Machtstrukturen zu wehren.
Gender-Mainstreaming bedeutet hierbei, die Auswirkungen von Interventionen auf Frauen und Männer regelmässig zu überprüfen. Ein wichtiger Moment dafür sind Finanzentscheide. Mittels Gender-Budgeting werden Budgetanalysen nach geschlechtsspezifischen Kriterien durchgeführt und dahingehend überprüft, ob die Ausgaben den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung getragen haben. So kann sichergestellt werden, dass Frauen und Männer wie auch Mädchen und Jungen den gleichen Zugang zu den öffentlichen Haushaltsmitteln erhalten.

Massai am Weltsozialforum, Dakar 2011 © *Fastenopfer*

Politische Mitsprache

Auf der *Ebene von Policy- und Gouvernanz* gilt es, gendergerechte Spielregeln auszuhandeln, welche die politische Mitsprache beider Geschlechter gleichermassen garantieren. Zum einen müssen etwa Genderaspekte in die Verhandlungen an Klima-Konferenzen systematisch integriert werden. Zum anderen geht es aber auch darum, die Frauen an der Definition von Massnahmen zur Klimaschutzpolitik zu beteiligen. Gleichberechtigung in der Klima- und Ernährungspolitik braucht es auf der lokalen, nationalen und internationalen Ebene. Dabei ist es entscheidend, herauszufinden, wo Frauen und Männer unterschiedlich betroffen sind. Nur so können auch differenzierte Massnahmen ergriffen werden, welche Ungleichheiten abbauen – anstatt diese weiter zu verschärfen. Eine solche Gelegenheit bietet der Erdgipfel Rio+20 (vgl. S. 4–8 und 13–17). Werden lediglich strukturelle Veränderungen bei Investitions- oder Arbeitsmarktpolitiken vorgenommen, wie sie etwa der Klimawandel mit sich bringt, ist das Risiko gross, neue Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierungen zu schaffen. Für das Gelingen der Nachfolgekonferenz Rio+20 wird daher entscheidend sein, ob die Konzepte der Green Economy und deren Umsetzung für beide

Geschlechter in gleichem Mass nutzbar gemacht werden können. Insbesondere muss das Credo der Green Economy mit einer neuen Wertschätzung der Care Arbeit verbunden werden.

Neuer Arbeitsbegriff

Auf *konzeptioneller Ebene* muss sowohl im Süden als auch im Norden der Arbeitsbegriff kritisch hinterfragt und neu bewertet werden. Welchen Wert messen wir der meist von Frauen geleisteten Care-Arbeit bei, die zwar nach wie vor beinahe unsichtbar und zu einem grossen Teil unbezahlt, aber unersetzbar ist? Und wie hoch bewerten wir die Arbeit von Frauen in der Subsistenzwirtschaft oder im informellen Bereich, wo keine Profitmaximierung vorgesehen ist? Welche Auswirkungen auf die Lebensqualität und Ernährungssituation von Frauen und ihren Familien hat ihre Einbindung in kapitalistische Marktverhältnisse? Was ist der Nutzen, der zu ihnen zurück fliesst, wenn Frauen ihre Arbeitskraft als Marktteilnehmerinnen einsetzen? Auf diese Fragen gilt es eine Antwort zu finden.

Care-Arbeit gehört auch in Männerhände, Kolumbien 2008 © Semillas de Agua, *Fastenopfer*

Das tun wir

Mit den Projekten zur Ernährungssicherung und spezifisch mit den Klimafonds-Projekten verpflichten sich *Brot für alle* und *Fastenopfer*, den Anforderungen der Gendergerechtigkeit und der Umwelt-Sorgfaltspflicht zu entsprechen, um so den Schutz verwundbarer Gruppen und ihrer bedrohten Umwelt zu gewährleisten.
Ziel ist es, auch Frauen einen gesicherten Zugang zu Produktionsmitteln und zu Ressourcen wie Land, Wasser, Betriebsmitteln, Know-how, Arbeitskräften und Krediten sowie zu Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten zu verschaffen. Gleichzeitig wird die Fähigkeit zur Selbstorganisation von Kleinbäuerinnen unterstützt. Darüber hinaus sind umfassende, lokal angepasste Strategien und sektorübergreifende ländliche Entwicklungsprogramme (insbesondere zur Stärkung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Institutionen) notwendig, um die gesellschaftliche und politische Verhandlungsmacht von beiden Geschlechtern gleichermassen zu stärken.

Links und Quellenhinweise

Links

Uno-Organisationen

www.fao.org/gender
www.unep.ch
www.undp.org
www.ipcc.ch

Gender

www.wide-network.ch
www.aprodev.eu
www.cidse.org
www.genre-dev.org
www.swisspeace.ch
www.1000peacewomen.org
www.peacewomen.org
www.deza.admin.ch/de/Home/Themen/Gender

Ökologie, Rio+20

www.genanet.de
www.alliancesud.ch/de/dokumentation/e-dossiers/green-economy

Quellenhinweise

1 Barrientos Stephanie: A Gendered Value Chain Approach to Codes of Conduct in African Horticulture, in: World Development Vol 31, Brighton 2003, S. 1511–1526.
2 CAWN Briefing Paper: Gender, Labour Rights and the Ethical Trading Initiative (ETI), 2008, www.cawn.org
3 CIDSE, 2011: Wachstum und Entwicklung. Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verantwortlichkeit zum Wohl der Menschen.
4 Cahrlier Sophie,des Castillo Isabel Yépez: Les défis du commerce équitable dans un contexte de mondialisation de l'économie. In: Cahier genre et développement, Lausanne, Nr. 3, 2002, S. 185–199.
5 FAO 2011: The State of Food and Agriculture 2010–11. Women in Agriculture. Closing the Gender Gap for Development.
6 Genanet: Green Economy gender-gerecht (www.genanet.de/greeneconomy.98.html)
7 Hoppe, Hella / Schäfer, Otto: Gerechtes Haushalten und faires Spiel. Studie zu den jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrisen aus evangelischer Sicht. Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, Bern 2010.
8 Khor, Martin, 2011: Challenges of the Green Economy Concept and Polies in the Context of Sustainable Development, Poverty and Equity. UNDESA.
9 Madörin, Mascha: Debatte. Der ökologische Umbau wird nicht die Triebkraft der Beschäftigung sein. Berlin 2010.
10 Salleh, Ariel: A Critical Feminist Reading oft the Green New Deal, Diskussionspapier veröffentlicht auf den Seiten des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
11 UNEP: Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, 2011.
12 UNEP: A Global Green New Deal. Final Report, New York 2009
13 UNFPA 2009: Weltbevölkerungsbericht 2009. Eine Welt im Wandel: Frauen, Bevölkerung und Klima.
14 UNRISD, Gender Equality, Striving for Justice in an Unequal World, UN /Geneva 2005
15 Women Rio+20 Steering Committee: Eine Geschlechterperspektive auf die «Green Economy». Positionspapier (Stand: März 2011).

Impressum

Herausgeberinnen:	*Brot für alle / Fastenopfer,* Bern / Luzern, September 2011
Redaktion:	Pascale Schnyder
Autor/innen:	Romana Büchel, Elisabeth Bürgi Bonanomi, Jovelyn Cleofe, Lilian Fankhauser, Hella Hoppe, Andrea Kolb, Marion Künzler, Katharina Morello, Maria Emilia Pachero Lisboa, Otto Schäfer, Pascale Schnyder
Lektorat:	Sylvia Garatti
Gestaltung, Druck:	Cavelti AG, Druck und Media, Gossau
Auflage:	8600 (deutsch), 3500 (französisch)
Bestellungen:	*Brot für alle,* Monbijoustrasse 29, Postfach 5621, 3001 Bern Telefon 031 380 65 65, Fax 031 380 65 64, materialstelle@bfa-ppp.ch
	Fastenopfer, Alpenquai 4, Postfach 2856, 6002 Luzern Telefon 041 227 59 59, Fax 041 227 59 10, mail@fastenopfer.ch
Preis:	CHF 5.–

60 bis 70 Prozent der weltweit Hungernden sind Frauen und Kinder, ein Grossteil von ihnen lebt in ländlichen Gebieten. Dieser EinBlick zeigt auf, dass die Lebenswelten von Männern und Frauen noch immer von ungerechten Strukturen geprägt sind. So sind Frauen vielerorts für die häusliche Produktion von Nahrungsmitteln zuständig, haben jedoch nur beschränkt Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und Wissen. Zudem wird die mehrheitlich von Frauen geleistete Sorgearbeit für Familie und Umwelt oft zu wenig wertgeschätzt und im Norden wie im Süden meist unentgeltlich geleistet.

Im Hinblick auf den Erdgipfel Rio+20 und die Diskussion einer neuen Green Economy fordern *Brot für alle* und *Fastenopfer*, dass die Erfahrungen und Kompetenzen von Frauen und Männern gleichermassen in die Verhandlungen einfliessen. Nur so lassen sich Lösungen für die grossen Herausforderungen dieses Jahrhunderts finden.

BROT FÜR ALLE

Brot für alle ist der Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Er unterstützt rund 400 Projekte in Asien, Lateinamerika und Afrika, die Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Entwicklungspolitisch engagiert sich *Brot für alle* für ein faires internationales Weltwirtschaftssystem, für das Recht auf Nahrung, für Gerechtigkeit im Klimawandel, für soziale und ökologische Unternehmensverantwortung und für faire und transparente Finanzbeziehungen.

Brot für alle, Monbijoustrasse 29, Postfach 5621, 3001 Bern
Telefon 031 380 65 65, Fax 031 380 65 64
www.brotfueralle.ch, bfa@bfa-ppp.ch

FASTENOPFER

Fastenopfer ist das Hilfswerk der Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz. Die 400 Projekte in 16 Ländern weltweit bauen auf die Stärkung lokaler Gemeinschaften, in denen sich Menschen zusammenschliessen und Lösungen für bessere Lebensbedingungen suchen. *Fastenopfer* engagiert sich auf nationaler und internationaler Ebene für bessere entwicklungspolitische Rahmenbedingungen und mehr Gerechtigkeit.

Fastenopfer, Alpenquai 4, Postfach 2856, 6002 Luzern
Telefon 041 227 59 59, Fax 041 227 59 10
www.fastenopfer.ch, mail@fastenopfer.ch